

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO
Eingang: 29.05.2017
Antragsnr.: 060/2017
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: III/33
mit Referat:

29.5.17

Resolution des Stadtrates gegen Abschiebungen nach Afghanistan Dringlichkeitsantrag zum Stadtrat am 31.5.17

Sehr geehrter Herr Dr. Janik,

Wir stellen den Antrag:

- 1.) Die Stadt Erlangen nutzt alle vorhandenen rechtlichen Spielräume, um Abschiebungen in das Bürgerkriegsland Afghanistan zu verhindern. Der Stadtrat spricht sich gegen Abschiebungen nach Afghanistan aus und stärkt somit der Stadtverwaltung politisch den Rücken, die Grundsätze der Menschenrechte einzuhalten und sich nicht an Abschiebungen in Kriegsgebiete zu beteiligen. Der Oberbürgermeister stellt sich als Chef der Stadtverwaltung gegen diese menschenfeindlichen Abschiebungen.
- 2.) Die Stadt Erlangen fordert die Bezirksregierung, den Freistaat und die Bundesregierung auf, keine Abschiebungen in das Bürgerkriegsland Afghanistan vorzunehmen. Der Oberbürgermeister setzt sich in den entsprechenden Gremien und Gesprächen auf Landes- und Bundesebene für den sofortigen Stopp der Abschiebungen ein. Er macht dort deutlich, dass Erlangen und seine BürgerInnen diese inhumane Politik und die damit verbundenen desaströsen Auswirkungen, die in Erlangen sichtbar und spürbar sind, nicht mitträgt.
3. Der Stadtrat dankt allen engagierten BürgerInnen, die sich für Geflüchtete einsetzen und deren Abschiebung in nur angeblich sichere Länder wie Afghanistan zu verhindern suchen. Der Stadtrat wendet sich dagegen, dass diese engagierten BürgerInnen juristisch verfolgt werden und fordert die Einstellung der laufenden Ermittlungsverfahren insbesondere wegen der Gewährung von Kirchenasyl.
4. Städtische Angestellte, insbesondere Lehrerinnen an städtischen Schulen dürfen aus Gewissensgründen die Mitwirkung bei Abschiebungen verweigern, ohne Nachteile befürchten zu müssen.

Begründung:

Afghanistan ist nicht sicher - Frau von der Leyen trägt bei ihren Kurzbesuchen in Afghanistan eine Splitterschutzweste. Der letzte Afghanistan-Bericht des hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen stellt fest, dass „das gesamte Staatsgebiet Afghanistans von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt im Sinne des Art. 15c der EU-Qualifizierungsrichtlinie betroffen“ sei. Die dauernden Terroranschläge, bei denen auch ein kürzlich „zurück geführter“ Flüchtling verletzt wurde, zeigen ganz klar: Afghanistan ist nicht sicher. Die Zahl von in Afghanistan getöteten Menschen stieg 2016 auf einen neuen Höchststand von 11.418 Menschen, darunter 3.512 Kinder. Trotz dieser lebensgefährlichen Verhältnisse wurden unterdessen Sammelabschiebungen aus der Bundesrepublik Deutschland nach Afghanistan vollzogen, darunter waren besonders viele afghanische Flüchtlinge aus Bayern. Weitere solche die Menschenrechte verletzenden Abschiebungen sind geplant.

Wenn eine Regierung Menschenrechte verletzt, indem sie Schutzsuchende in Kriegsgebiete oder auch „nur“ in Not und Elend zurückschickt, dann müssen Menschen auf ande-

ren Ebenen Verantwortung übernehmen – ganz besonders auch in den Kommunen. Die Kommunen sind es, die die Politik in letzter Konsequenz ausführen und die zerstörerischen Konsequenzen im Alltag der hier lebenden geflüchteten Menschen tragen müssen.

Nach dem mutige BürgerInnen bereits mit Demonstrationen und auch ganz praktisch für die Betroffenen eintreten, ist es nun Sache des Stadtrates und des Oberbürgermeisters, in Erlangen ein deutliches Zeichen zu setzen für humanitäre und die Menschenrechte einhaltende Politik und Praxis.

Begründung der Dringlichkeit:

In dieser Woche ist wieder ein Sammeltransport nach Afghanistan angesetzt. In der Region droht mehreren Menschen, darunter auch Auszubildenden aktuell die Abschiebung. Dieser Menschenrechte verletzenden Praxis muss Erlangen schnellstmöglichst etwas entgegen setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann
(Stadtrat)

Anton Salzbrunn
(Stadtrat)



Ehrenamtliche Flüchtlingsbetreuung in Erlangen
EFIE e.V., Arbeitskreis Politik
AK.Politik@EFIE-Erlangen.de

Datum: 19.05.2017

Betr: Resolution keine Abschiebungen nach Afghanistan, Äthiopien

Sehr geehrter Herr Dr. Janik,
sehr geehrte Frau Dr. Preuß,
sehr geehrte Stadträte,

hiermit bitten wir Sie eine Resolution im Stadtrat zu verabschieden, in welcher sich der Stadtrat Erlangen, ähnlich wie der Stadtrat München & Würzburg, gegen Abschiebungen vor allem nach Afghanistan und Äthiopien ausspricht.

Der letzte Afghanistan-Bericht des hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen stellt fest, dass „*das gesamte Staatsgebiet Afghanistans von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt im Sinne des Art. 15c der EU-Qualifizierungsrichtlinie betroffen*“ sei.

Die dauernden Terroranschläge, bei denen auch ein kürzlich „zurückgeführter“ Flüchtling verletzt, bzw. sogar getötet wurde, zeigen ganz klar: Afghanistan ist nicht sicher. Die Zahl von in Afghanistan getöteten Menschen stieg 2016 auf einen neuen Höchststand von 11.418 Menschen, darunter 3.512 Kinder. Trotz dieser lebensgefährdenden Verhältnisse wurden unterdessen Sammelabschiebungen aus der Bundesrepublik Deutschland nach Afghanistan vollzogen, darunter waren besonders viele afghanische Flüchtlinge aus Bayern. Weitere solche – unserer Ansicht nach die Menschenrechte verletzende - Abschiebungen sind geplant.

„Wenn eine Regierung Menschenrechte verletzt, indem sie Schutzsuchende in Kriegsgebiete oder auch „nur“ in Not und Elend zurückschickt, dann müssen Menschen auf anderen Ebenen Verantwortung übernehmen – ganz besonders auch in den Kommunen. Die Kommunen sind es, die die Politik in letzter Konsequenz ausführen und die zerstörerischen Konsequenzen im Alltag der hier lebenden geflüchteten Menschen tragen müssen.

Es ist nun Sache des Stadtrates und des Oberbürgermeisters, ein deutliches Zeichen zu setzen für humanitäre und die Menschenrechte einhaltende Politik und Praxis.“ (aus der Begründung „Dringlichkeitsantrag München“)

Wie wir erfahren haben, sollen zukünftig ähnlich wie für Afghanistan, auch für Geflüchtete aus Äthiopien Rückführungsvereinbarungen geschlossen werden. Auch in

Äthiopien ist die Menschenrechtssituation für einige engagierte ethnische Gruppen eher schwierig, gefährlich bzw. lebensbedrohlich. Das verbreitete „land grabbing“, trägt nicht dazu bei, dass die Situation sich für die Menschen verbessert. Der von der Regierung verhängte Ausnahmezustand ist verlängert worden, etc.
(Jan2017:<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/108/1810842.pdf>)

Als kinder- und familienfreundliche Stadt, welche „offen ist aus Tradition“, wäre dies ein sichtbares Zeichen für gelebte christliche und soziale Mitmenschlichkeit, es würde deutlich machen, dass der Slogan „Menschenwürde ist unantastbar“ in Erlangen auch in konkretes politisches Handeln umgesetzt wird.

In der Gewissheit, dass Humanität als Grundlage der Menschenrechte für Sie ein hohes Schutzgut darstellt, freuen wir uns über Ihr politisches und persönliches Eintreten und erwarten, dass aus den oben genannten Gründen keine Abschiebungen mehr nach Afghanistan und Äthiopien durchgeführt werden.

Mit freundlichem Gruß

Arbeitskreis Politik des Vereins EFIE e.V.

Unterzeichner:

<i>Sissi Bankel</i>	<i>Uli Heldmann</i>	<i>Annika Hoppe-Seyler</i>	<i>Ingrid Kagermeier</i>
<i>Nicola Nemeth</i>	<i>Liz Nicholson</i>	<i>Dr. Michael Schöttler</i>	<i>Anja Schwarz</i>
<i>Heinz Szabo</i>	<i>Klaus Waldmann</i>		

cc: EN, AIB, AGABY, BFR, Prof. Dr Bendel

weitere Links zum Thema:

Dringlichkeitsantrag „keine Abschiebungen“ (Grüne & Linke)
<https://www.muenchen-transparent.de/dokumente/4436510>

SPD München: Änderungsantrag zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Grünen/rosa Liste sowie Die Linke vom 04.04.2017 für die Sitzung der Vollversammlung am 05.04.2017
<https://www.muenchen-transparent.de/dokumente/4439369>

Stadtratsantrag München (Dringlichkeitsantrag): Abschiebestopp nach Afghanistan – München muss das Bleiberecht garantieren!
<https://www.muenchen-transparent.de/antraege/4436490>

Resolution im Stadtrat: Würzburg will keine Abschiebungen nach Afghanistan
<http://www.br.de/nachrichten/unterfranken/inhalt/wuerzburg-stadtrat-resolution-fluechtlinge-100.html>

Presseerklärung des Würzburger Flüchtlingsrats zur Resolution des Würzburger Stadtrats vom 11.05.2017 für eine Aussetzung von Abschiebungen nach Afghanistan
<https://wuerzburger-fluechtlingsrat.de/pressemitteilungen-detailinformationen/165>

Informationen für Berater*innen und Geflüchtete(13.05.2017):

updated: Abschiebungen nach Afghanistan

<https://www.frsh.de/artikel/updated-abschiebungen-nach-afghanistan/>